

Hamburg im Kriegsjahr 1914/15.

In dem Abschnitt V des Hamburger Adreßbuchs für 1915 waren ausführliche Mitteilungen über die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse gebracht, soweit sie unsere Vaterstadt betreffen. Es sei im Anschluß daran nun in dem vorliegenden Nachtrag dasjenige kurz aufgeführt, was seit dem Ende Oktober erfolgten Abschluß des erwähnten Ausatzes geschehen und besonders bemerkenswert ist. Dabei ist zunächst hervorzuheben, daß in der Sitzung der Bürgerschaft vom 11. November 1914 zwei Senatsanträge zur Beratung standen, die beide von der Versammlung genehmigt wurden. Der erste Antrag betraf die Bereitstellung von 190 000 M für die Aufhebungsarbeiten in Moorfleth, der andere die Bewilligung von weiteren 5 Millionen Mark zur Bestreitung von aus dem Kriegsverhältnis erwachsenden außerordentlichen Ausgaben. Ein ähnlicher Senatsantrag wie der letztgenannte, der 10 Millionen Mark forderte, wurde von der Bürgerschaft am 6. Januar 1915 angenommen. In derselben Sitzung wurde ein Antrag bewilligt, der auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1914 die Mittel für die Gehalts- und Lohnzahlung an staatliche Angestellte und Arbeiter während des Kriegsdienstes vorsieht.

In ihrer Sitzung vom 8. Februar 1915 stimmte sodann die Bürgerschaft zwei dringlichen Senatsanträgen zu, von denen der erste sich auf die Schaffung einer Behörde für Kriegsversorgung mit einem Kredit von 12 Millionen Mark, der zweite sich darauf bezog, der Finanzdeputation den Betrag von 6 Millionen Mark für die staatliche Mehlsversorgung zur Verfügung zu stellen. Am 24. Februar 1915 fand ein Antrag des Senats über die Auslegung des im vorstehenden erwähnten Gesetzes vom 7. August 1914 sowie ein Antrag über die Wochenhilfe der Dienstoffbotenkrankenkasse während des Krieges ebenfalls die Genehmigung der Bürgerschaft. Ferner ist noch aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 24. März 1915 hervorzuheben, daß 10 Millionen Mark für außergewöhnliche aus dem Kriege erwachsene Ausgaben, und ein Antrag von Heinrich Lau und Genossen, betreffend Unterstützung von Kriegsschädigten, zur Annahme gelangten. Weitere 12 Millionen Mark sind alsdann noch in der Sitzung der Bürgerschaft vom 14. April der Kommission für Kriegsversorgung zur Verfügung gestellt worden zur Beschaffung von Lebensmitteln, Futtermitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde vom Senat den Behörden empfohlen, die staatlichen Arbeiten und Lieferungen, wofür die Mittel bereits bewilligt waren, möglichst zur Ausführung zu bringen. Gleichzeitig wurden von den Behörden Vorschläge über Inangriffnahme von Notstandsarbeiten eingefordert.

Für die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer bestehen 18 Unterstützungskommissionen, die in der Besetzung von drei vom Senat erwählten, ihr Amt als Ehrenamt versehenen Mitgliedern entscheiden. Ende März wurden rund 55 000 Familien von Kriegsteilnehmern mit einem monatlichen Kostenaufwand von 3 Millionen Mark unterstützt.

Den Vereinen für Speisung von Schulkindern ist bis Ende März eine außerordentliche Beihilfe von rund 340 000 Mark und für Bekleidung und Beschuhung eine solche von 30 000 Mark aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt worden.

Während so von staatlicher Seite alles geschah, was zur Linderung der durch den Krieg veranlaßten Notstände beitragen konnte, nahm die private Bereitstellung von Mitteln ihren Fortgang. Rotes Kreuz und Kriegshilfe wetteiferten miteinander; der Unterstützung ostpreußischer Flüchtlinge flossen reiche Gaben zu, wie sich überhaupt der Wohltätigkeitssinn Hamburgs überall im hellsten Lichte zeigte. Und trotz der schweren Schädigung, die der Krieg seinem Handel und Wohlstand zufügt, konnte Hamburg bei der Auflegung der zweiten Kriegsanleihe die unter den obwaltenden Umständen gewiß erstaunliche Summe von mehr als 390 Millionen Mark zeichnen und so zu dem großen finanziellen Siege Deutschlands in rühmlichster Weise beitragen.

Ferner sei hier noch erwähnt, daß im März dieses Jahres durch die auch hier durchgeführte Ausgabe von Brotkarten die Versorgung der Bevölkerung mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel in geregelte Bahnen gelenkt wurde.

Ebenso ist die Ausnutzung des verfügbaren Bodens zur Gewinnung von Gemüse, Kartoffeln und sonstigen Feldfrüchten auch in Hamburg in Angriff genommen. Die staatlichen Verwaltungen, die schon bisher mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden sind (Gefängnisverwaltung, Irren- und Armenanstalt) haben zusammen 37 Hektar Land zur Neubewirtschaftung durch ihre Pflinglinge übernommen. Auf den aufgehöhten Flächen in Finkenwärder und Moorfleth sollen etwa 100 Hektar brauchbares Land bepflanzt werden. Die Patriotische Gesellschaft hat sich für die Einrichtung sogenannter Schrebergärten weiter betätigt und etwa 100 Hektar Land hinzuerworben, die in kleinen Flächen zum Anbau vergeben werden. Auch in den Walddörfern, in Bergedorf, Geesthacht und Bramfeld (Friedhofsanlage) sind große Flächen für landwirtschaftliche Ausnutzung bereitgestellt. Außerdem werden auf der seit 1902 im hamburgischen Besitz befindlichen Elbinsel Hahnöversand die Arbeiten beginnen, um die etwa 200 Hektar umfassende Fläche urbar zu machen, wovon für die diesjährige Ernte mindestens 50 Hektar in Betracht kommen.

Die Verwertung der Küchenabfälle aus den Haushaltungen zur Verfütterung an das Vieh ist durch einen Übernehmer versuchsweise begonnen und vom April an auf weitere Stadtgebiete ausgedehnt worden.

Die private Wohltätigkeit hat, wie erwähnt, auch weiter durch freiwillige Beiträge aus allen Kreisen der Bevölkerung nicht unerhebliche Mittel aufgebracht, die es der Hamburgischen Kriegshilfe und dem Roten Kreuz ermöglichen, eine umfassende Tätigkeit zu entfalten. Bis Mitte April 1915 waren für die Kriegshilfe über 4½ Millionen Mark, für das Rote Kreuz rund 2½ Millionen Mark eingegangen.

Kommission für Kriegsversorgung

Mitglieder:

Aus dem Senat: Senator Brandt, Senatsyndikus Dr. Kiesselbach
 Von der Bürgerschaft erwählt: Wilhelm David Otto Patow
 Heinrich Theodor Meyer
 Vom Senat auf Vorschlag der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe ernannt: Carl Otto Krauel
 Regierungsvertreter: Regierungsrat bei der Finanz-Deputation: Leo Lippmann, Dr. jur.
 Kaufmännische Geschäftsstelle: gr. Johannisstrasse 3, I., ☎ VI, 874 und VI, 1710, Bankkonto: Reichsbankgiro.

Ausschuß für Brotversorgung

im Stadtgebiet:

Senator Dr. Diestel, Vorsitzender
 Senatsyndikus Dr. Albrecht
 Eduard Ludwig Gotthilf Wiesinger
 Max Wilhelm Koehen.

Geschäftsstelle: gr. Johannisstrasse 3, II

Zentrale für die Brotversorgung der Hotels usw.: Kollhöfen 22, wo die Bäcker, Verkäufer von Mehl, die Gast-, Schank- und Speisewirt, die gesammelten Gutscheine abzugeben haben.